

Eidg. Finanzverwaltung  
Rechtsdienst  
Bernerhof

3003 Bern

Bern, 29. April 2010

Änderung des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel  
(Börsendelikte und Marktmissbrauch)  
Vernehmlassungsantwort der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) Stellung nehmen zu können.

Die Änderung des Gesetzes über die Börsen und den Effektenhandel (BEHG) bringt griffigere Massnahmen für Missbrauchsbekämpfung auf den Finanzmärkten. Angesichts der gravierenden Schäden welche solche Missbräuche für unsere produzierende Wirtschaft haben, scheinen der Grünen Partei solch griffigere Massnahmen dringend geboten.

Strafbare spekulative Handlungen auf den Finanzmärkten sind eine Bedrohung für den Werkplatz Schweiz und die Grüne Partei ist der Ansicht, dass die relative Bedeutung der produzierenden Wirtschaft im Verhältnis zur Finanzbranche nicht mehr in einem gesunden Verhältnis steht. Deutlich griffigere regulatorische Massnahmen sind notwendig um wieder ein gesundes Gleichgewicht bzw. Miteinander zwischen Werk- und Finanzplatz herzustellen.

Die vorgeschlagenen Änderungen des BEHG sind in diesem Sinn ein Schritt in die richtige Richtung. Insbesondere begrüsst die Grüne Partei:

- Die Übertragung der strafrechtlichen Verfolgung und Beurteilung sämtlicher Börsendelikte an die Bundesanwaltschaft und an die Bundesgerichte.
- Die Ausweitung der Bestimmungen auch auf nicht durch die Behörden beaufsichtigte Stellen.
- Die Ausweitung der Definition zu den neuen Straftatbeständen bezüglich Insiderhandels und Kursmanipulation.

- Die erweiterten Offenlegungspflichten und das damit angestrebte Frühwarnsystem.
- Die Zuständigkeit der Übernahmekommission für Fälle von Stimmrechts-Suspendierung.

Bezüglich Finanzmarktaufsicht befürwortet die grüne Partei die konkretere Variante B von Art 33g., schlägt jedoch vor, diesen um einen zusätzlichen Abschnitt zu ergänzen, in welchem der Finma die Möglichkeit gegeben wird, diese Definition in Reaktion auf aktuelle Entwicklungen auf den Finanzmärkten zu erweitern.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme zu berücksichtigen, und verbleiben  
Mit freundlichen Grüssen

Grüne Partei der Schweiz



Ueli Leuenberger  
Präsident der Grünen Schweiz



Yann Golay  
Co-Generalsekretär